

unternehmen die Deutschen im Anschlusse an Minenexplosionen und heftige Beschließung einen Angriff auf einen Teil der Front westlich der Straße von Arras nach Lens (in der Gegend von Reubille-Saint-Basit). Der Feind konnte auf einer Front von mehreren 100 Metern in unsere Schützengraben erster Linie eindringen. Unsere sofort unternommenen Gegenangriffe brachen die Vermählungen des Feindes und warfen ihn aus dem besetzten Gebiet wieder hinaus, von dem er am Nachmittag nur noch 200 Meter bei einem vorgeschobenen Schützengraben, der einen Vorsprung vor unseren Linien bildet, besetzt hielt. Unser Sperrfeuer und das Feuer unserer Maschinengewehre fügten den Deutschen beträchtliche Verluste zu. Zwischen Soissons und Reims beschädigten unsere Schützengrabenanlagen stark die feindlichen Anlagen der Choleraform und auf der Hochfläche von Baucourt und Sprengten ein Munitionslager östlich von Reims in die Luft. In der Champagne beschädigte unsere Artillerie ernstlich die feindlichen Schützengraben in der Gegend von Raifons de Champagne. Im Laufe des 23. bombardierten zwei Gruppen Flieger, insgesamt 24 Flugzeuge, den Bahnhof und die Kasernen von Mesq. 130 Granaten wurden auf die bezeichneten Ziele geworfen. Die Bomben werfenden Flieger waren von zwei Schuttschwadern begleitet, deren Piloten feindlichen Flugzeugen zehn Kämpfe lieferten. Die Flugzeuge wurden auf dem ganzen Wege heftig beschossen, kehrten aber unbeschädigt zurück, mit Ausnahme eines einzigen, das südlich von Metz zur Landung gezwungen wurde.

Belgischer Bericht. Es ist nichts zu melden von der Front der belgischen Armee, abgesehen von leichter Artillerietätigkeit beiderseits.

Die englische Meldung.

London, 23. Januar. (B. L. B.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier. General Haig meldet: Artillerietätigkeit bei Aricourt, Hauluch und Givensh. Wir beschossen mit Erfolg Werke des Feindes bei Monchy und Frelinghien.

Die englische Heeresleitung über den Luftkrieg.

London, 24. Januar. (B. L. B.) Aus dem britischen Hauptquartier wird vom 21. gemeldet: Deutsche Heeresberichte haben in letzter Zeit die Taten der Fokker- Aeroplane und ihre angeblichen Erfolge besonders hervorgehoben. Wir haben aber seit den Anfangstagen des Krieges die Initiative auf dem Gebiete des Flugwesens innegehabt und halten sie im gegenwärtigen Augenblick wirksamer aufrecht als je. Um die wirkliche Bedeutung des verhältnismäßig geringen Erfolges des neuesten Typs von deutschen Flugzeugen einzuschätzen, ist es notwendig, den großen Unterschied zwischen der Tätigkeit unseres Flugdienstes und des feindlichen zu verstehen. Während der letzten vier Wochen flogen für jeden feindlichen Aeroplan, der beobachtet wurde, fünf von uns auf. Wir unterhalten einen regelrechten täglichen Aufklärungsdienst über den deutschen Linien und jede Bewegung der feindlichen Streitkräfte muß unserem Generalstab fast im selben Augenblick bekannt sein, wo sie stattfindet. Aus Furcht vor Bomben haben die Deutschen ihre Depots zur Ergänzung der Vorräte sehr weit rückwärts, was ihnen viel Extraarbeit und Unbequemlichkeiten verursacht. Die Deutschen haben keinen regelmäßigen Aufklärungsdienst und ihre Maschinen unternehmen nur gelegentliche Flüge. Offenbar wurde es den neuesten Flugzeugen verboten, über ihre vordersten Aufgräben hinaus zu fliegen außer, wenn sie den Feind unter günstigen Bedingungen in ein Gefecht verwickeln können.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 24. Januar. (B. L. B.) Amtlicher russischer Bericht vom 23. Januar 1916. Westfront: Im Abschnitt Riga beschossen die Deutschen unsere Gräben in der Nähe der von Witau kommenden Straße mit Gasgranaten. In der Nähe von Pulkarn, an der Straße von Bausl (6 Kilometer südlich von Semende), Scharrmügel mit deutschen Abteilungen. — Kaukasus: Der eilige Rückzug der Türken auf Erzerum dauert an. An vielen Stellen werden noch Artilleriemunition, Telegraphenmaterial und Lebensmittel aufgesammelt. Unsere verfolgenden Abteilungen marschieren auf mit zahlreichen erkrankten Leichen bedeckten Wegen vor. Viele Gefangene sind noch in den besetzten Dörfern gemacht worden. Eine unserer von der Mandchurie nach dem Kaukasus gekommenen Abteilungen griff mit einer gutgeleiteten Halbbrigade drei Kompanien Türken an, die ein Dorf verteidigten, töteten einen Teil und nahmen den Rest gefangen. Südlich des Flusses Starian (18 Werst nördlich Dutaß) vernichteten wir eine ganze türkische Abteilung. In der Gegend von Melasgert verwickelte sich unsere Kavallerie in ein Gefecht mit stärkeren türkischen Kräften und nahm ihnen sechshundert Stück Vieh ab. — Persien. Südlich Hamadan (60 Kilometer) machte der Feind den Versuch, gegen die Enge bei Kamarchan vorzugehen, wurde aber zurückgeschlagen. Unsere Truppen besetzten die Stadt Sultanabad. Der deutsche Konsul, der sich in der Gegend und eine Abteilung Rekruten, die durch ihn aus der persischen Bevölkerung ausgehoben war, floh.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 24. Januar. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag. Auf den Abhängen des Moggio in Juditarien und nördlich von Mori im Vagarinatal versuchten feindliche Abteilungen sich unseren Stellungen zu nähern, wurden aber im Gegenangriff zurückgeschlagen. Vorgo im Saganatal war von neuem das Ziel eines Bombardements feindlicher Artillerie und eines feindlichen Flugzeuges. Eine unserer Batterien schoß von neuem auf die Station Caldonazzo und beschädigte das Gebäude. Unsere Infanterieabteilungen näherten sich den feindlichen Schützengraben bei Lagazuoli in der Palagareozone und am Monte Piano im Pochiens, schleuderten Bomben und brachten sie zum Einsturz. Als Vergeltungsmahregel für den Angriff feindlicher Flugzeuge auf Dogna schoß eine unserer Batterien einige Granaten auf Tardis. Der Feind behinderte die Artillerietätigkeit am Isonzo. Ein kleiner Angriff des Feindes im Abschnitt von Santa Maria wurde zurückgewiesen. Cadorna.

Neue schwere Kämpfe in Mesopotamien.

London, 23. Januar. (B. L. B.) Das Indische Amt teilt Telegramme mit, die es unter dem Datum des 22. Januar vom britischen Vorgesetzten in Mesopotamien erhielt. Es wird darin gesagt, daß General Ahlmer am 21. die türkische Stellung bei Esfin angriff. Den Tag über wurde heftig mit wechselndem Erfolge gekämpft. Glendes Wetter und stürmender Regen erschwerten die Bewegungen der Truppen außerordentlich. Die Kämpfe konnten infolge Ueberschwemmungen am 22. nicht wieder aufgenommen werden. Ahlmer besetzte eine Stellung, die 1800 Yards von den feindlichen Aufgräben entfernt ist. Das sehr schlechte Wetter hält an. Wie gemeldet wird, sind die Verluste auf beiden Seiten sehr schwer.

Englische Prisenmannschaft in Molde interniert.

Kalesund, 24. Januar. (B. L. B.) Der Biermeister „Monso“ aus Sandesford, mit Waikischol nach Südafrika, traf hier ein und ging nahe Kalesund vor Anker. An Bord befanden sich ein Offizier

und fünf Matrosen als englische Prisenmannschaft. Der Kapitän erklärte, er habe das Schiff unterstügt vom furchtbaren Unwetter der letzten Tage, absichtlich nach Norwegen geführt. Der Torpedojäger „Draug“ geht zur Bewachung der englischen Seeleute nach Molde an den Ankerplatz des „Monso“ ab.

Die Kämpfe in Kamerun.

Paris, 23. Januar. (B. L. B.) Eine Mitteilung des Kolonialministeriums besagt: Die militärischen Operationen, welche von Franzosen und Engländern zu Anfang des Krieges begonnen wurden, um die Deutschen aus Kamerun zu vertreiben und diese reiche und wichtige Kolonie in die Hände der Alliierten zu bringen, nähern sich ihrem Ende. Begonnen auf einer Frontlänge von dreitausend Kilometer verlaufen die Operationen in aufeinander abgestimmten Bewegungen derart, daß verschiedene Kolonnen, französische und englische, von verschiedenen Punkten dieser Front ausgehend, von wo aus sie zum Teil über tausend Kilometer zu durchmessen hatten, beinahe gleichzeitig in Jaunde ankamen, nachdem sie schwere Kämpfe bestanden hatten, denn der Widerstand des Feindes war sehr hartnäckig. Obgleich Jaunde, wo der Gouverneur sich mit dem Oberkommandierenden der Truppen und dem Stabe befand, sehr stark besetzt war, wurde dieser Platz doch geräumt, sobald der Druck der Alliierten ihn bedrohte. Die Deutschen zogen sich eilig südwestwärts in der Richtung auf die spanische Kolonie Rio del Muni zurück, wohin der deutsche Gouverneur und der Kommandeur der Schutztruppe sich bereits geflüchtet haben sollen. Auf ihrem Rückzug stießen die deutschen Kolonnen wiederholt mit einer französischen Kolonne zusammen, welche von Duala kam und längs der Eisenbahnlinie auf Jaunde marschierte, parallel mit einer englischen Kolonne, welche der Automobilstraße folgte; weiter nördlich erlitten die Deutschen große Verluste bei Mangaleje. Den Deutschen gelang es nur, den Wäldern der Franzosen und Engländer durch den großen Wald der Äquatorgegend in einem außerordentlich wechselfollen Gelände ein wenig aufzuhalten, aber sie entgingen der kräftigen Verfolgung nicht, welche soeben mit der Besetzung Ebolo was, des letzten wichtigen Punktes, den die Deutschen noch hielten, durch die Alliierten ihr Ziel erreicht hat. General Ahmerich hat den Befehl über die alliierten Truppen in Jaunde übernommen und sich mit dem englischen General Dohell Dagi dahin verständigt, nähere gemischte Kolonnen zur Verfolgung des Feindes in einige Gegenden des Südens zu entsenden, wo seine letzten Abteilungen umherirren.

Ein Vorstoß Japans gegen China.

Nachdem Japan im Mai v. J. nur einen Teil seiner Forderungen an China durchzusetzen vermochte, bemüht es nun die durch die nach neueren Nachrichten allerdings aufgeschobene Kaiserkrönung Juanschikais entstandenen inneren Wirren zu einem neuen Vorstoß gegen das Reich der Mitte. Schon als die Nachricht von der Wiedererrichtung der Monarchie in China in die Presse drang, vertraten wir — im Gegensatz zu der gesamten bürgerlichen Presse, die den Handstreich Juanschikais frohlockend begrüßte — die Anschauung, daß es sich hier um einen neuen Vorstoß des japanischen Imperialismus handle, der die ehrgeizigen Bestrebungen Juanschikais unterstützt, um in China noch fester Fuß zu fassen als bisher. In der Tat hat die japanische Regierung — die möglicherweise auch die Aufstandsbewegung in Süchina insgeheim fördert, um gleichzeitig zwei Eifen im Feuer zu haben — dem chinesischen Gesandten in Tokio bereits eine Note präsentiert, die nichts anderes darstellt, als eine Zahlungsforderung für die Anerkennung der staatlichen Umwälzung in China, deren Inhalt höchstwahrscheinlich in den geheimen Abmachungen zwischen Juanschikai und der japanischen Regierung festgelegt worden ist. Eine kurze Inhaltsangabe dieser Note wurde bereits dieser Tage telegraphisch gemeldet. Ihren genaueren Wortlaut entnehmen wir der Petersburger „Reich“ vom 13. Januar, die, auf Grund der Angaben der ostasiatischen Presse, folgende 7 Punkte der japanischen Note mitteilt:

1. Die chinesische Regierung verpflichtet sich, japanische Ratgeber in politischen, militärischen und finanziellen Angelegenheiten anzustellen.
2. Auf chinesischem Boden ist die Erwerbung von Ländereien für den Bau japanischer Krankenhäuser, Tempel und Schulen gestattet.
3. In den Gebietsteilen Chinas, in denen Japan es als notwendig anerkennt, wird eine gemeinsame japanisch-chinesische Polizeiverwaltung eingeführt.
4. Die Japaner errichten in China ein Arsenal unter japanisch-chinesischer Verwaltung, wobei sie Experten aus Japan einladen und von dort auch die nötigen Materialien beschaffen dürfen. Ein bestimmter Teil der Ausrüstung und Bewaffnung der Armee wird in Japan gekauft.
5. Die Japaner erhalten die Konzession für den Bau dreier Eisenbahnlinien in der südlichen Hälfte Chinas.
6. In Anbetracht der natürlichen Verbindung zwischen der Provinz Fudschjan und der Insel Formosa wie auch der Verpflichtung Chinas, die Provinz Fudschjan keiner Macht abzutreten, ist China verpflichtet, sich mit Japan vorher zu verständigen, falls es erforderlich sein sollte, in den Eisenbahnen, Bergwerken und Hafenanlagen dieser Provinz ausländisches Kapital anzulegen.
7. Den japanischen Geistlichen wird gestattet, ihre Lehren im ganzen chinesischen Reich frei zu predigen.

Alle diese Forderungen waren bereits in dem japanischen Ultimatum vom Mai v. J. enthalten und wurden nur deshalb zurückgezogen, weil ein Konflikt mit China auszubrechen drohte, dem wohl auch England und die Vereinigten Staaten nicht untätig gegenüberstehen wären. Nun erhebt Japan aufs neue diese Forderungen, die auf eine „Koreanisierung“ Chinas hinauslaufen. Damit nicht genug, verlangt die japanische Regierung, nach den Worten der ostasiatischen Presse, in einer Ergänzungsnote unter anderem, daß China sich an den künftigen Friedensverhandlungen nicht beteilige und den Schuß seiner Interessen Japan übertrage. Damit soll wohl — abgesehen von allen praktischen Erwägungen — das Abhängigkeitsverhältnis Chinas von Japan vollends zum Ausdruck gebracht werden. Wie sehr dieser neue Vorstoß Japans in China Konflikte mit den europäischen Großmächten, vor allem mit England, das im Jangtsetal vorherrschend ist, herauszubekommen droht, geht aus einer Aeußerung der Londoner „Nation“ hervor, die das Vordringen Japans als ein politisches Problem bezeichnet, das „fast ebenso ernst ist wie die ge-

Japanische Probleme dieses Krieges“. Weiter

bleibt dieses Blatt: „Niemand wird Japan seinen Anspruch auf Einfluß in China und einen bedeutenden Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bestreiten wollen. Aber dieser Einfluß ist bereits durch die Angliederung von Korea und Japans vorherrschende Stellung in der Mandchurie anerkannt worden. Wenn Japan darüber hinausgeht und in das eigentliche China eindringen versucht, dann werden unsere Vertragsverpflichtungen zur Aufrechterhaltung einer wirklichen chinesischen Unabhängigkeit wieder zur wichtigen Frage, ebenso unser wirtschaftliches Interesse an der Aufrechterhaltung der offenen Tür. Auch wenn Japan nicht formell als Schutzmacht in Peking auftritt und keine Vorzugsrechte für sich beansprucht, so würde doch ein bloßes Monopol von Konzessionen eigentlich ganz China in seine Gewalt bringen. Zur Abwehr dieser Folgen gibt es nur zwei Möglichkeiten: einerseits die Abgrenzung von Einflußsphären, etwa derart, daß Rußland von Norden und Westen, Frankreich von Süden aus vordringt und wir unsere alten Ansprüche auf das Jangtsetal aufrechterhalten, während der Rest von China an Japan fallen würde. Die Folgen aber würden sein: eine heftige Opposition gerade des europäerfreundlichen Elements in China und die Gefahr von Meinungsverschiedenheiten unter den europäischen Mächten, ferner eine Politik der Schutz- oder Vorzugsrechte, die mit allen Freihandelsgrundsätzen in schärfstem Widerspruch steht. Der andere Ausweg wäre ein ehrlicher Versuch, die Ausbeutung der Naturkräfte in China zu internationalisieren, etwa so, daß das ganze Eisenbahnsystem und die gesamten Bergwerkstextilien vereinigt und den verschiedenen Gruppen europäischer Finanzinteressen ein bestimmter Anteil daran zugewiesen wird. Augenblicklich muß unsere Diplomatie unter allen Umständen danach streben, solange der Krieg dauert, jede fremde Einmischung in chinesische Angelegenheiten hintanzuhalten.“

Deutlich spricht aus den Worten des Londoner Blattes die Besorgnis, daß die Interessen des europäischen Handels und noch mehr die Interessen der europäischen Finanz durch die Monopolstellung Japans in China stark gefährdet werden könnten. Es ist aber bereits eine nicht mehr wegzuleugnende Tatsache geworden, daß der europäische Krieg die Stellung der europäischen Mächte in den zukunftsreichen Gebieten des fernen Ostens so sehr erschüttert und die Stellung Japans so stark gefestigt hat, daß keine Demonstrationen der Presse und keine Drohungen der Diplomatie diese Dinge aus der Welt zu schaffen vermögen.

Japanische Blätter gegen England.

New York, 21. Januar. (Durch Rundspruch von dem Privatkorrespondenten des B. L. B.) Der Heerische Internationale Nachrichtenendienst meldet aus Tokio: Mit großer Erbitterung wird in einem Teil der Tokioter Presse ein Feldzug gegen das englisch-japanische Bündnis geführt. Wenn diese Angriffe auch einen gewissen Grad von deutschfreundlichen Sympathien, die in gewissen japanischen Kreisen herrschen, widerspiegeln, sind sie doch hauptsächlich durch das Empfinden inspiriert, daß England einer vollständigen Durchführung der japanischen Politik China gegenüber im Wege steht. Keine amtliche Stimme hat sich erhoben, um diese Angriffe gegen England, nicht einmal die erbittertesten unter ihnen, zu beantworten. Das Blatt „Yamato Shimbun“ erklärt in einer Reihe von Artikeln, betitelt: „Eine Woffschaft an England“, daß der Verlauf des Krieges das japanische Volk vollständig enttäuscht hat, welches erwartete, daß der Kampf innerhalb einiger Monate darüber sein würde. Obgleich Japan Mitglied des großen Bündnisses ist, erklärt der Chefredakteur des „Yamato“ offen, daß die Ententeemächte diesen Krieg verlieren, und sagt, daß selbst wenn der Konflikt unentschieden enden sollte, Japan und England nicht imstande sein werden, in freundschaftlichen Beziehungen zu verbleiben. Japan wie Deutschland (?) befinden sich in der Zwangslage, nach Expansionen zu streben. Deshalb ist Englands traditionelle Politik, die gegenwärtigen Verhältnisse aufrecht zu erhalten, für Japan unvorteilhaft. Das englisch-japanische Bündnis hat Japan zum Verteidiger von Englands Interessen in Indien gemacht. Als der Vertrag erneuert wurde, sagte sich England von jeder Verantwortung los, im Falle Japan und die Vereinigten Staaten zum Kriege kommen würden. „Yamato“ fährt weiter aus, daß die Deutschen stärker geworden waren, als es England lieb war, und daß England begonnen hat, die japanische Expansion in Indien, China und der Südpazifik zu befürchten. Die Schlußfolgerung des Chefredakteurs des „Yamato“ ist, daß der Krieg enden wird, indem eine der alliierten Nationen sich vom Londoner Abkommen zurückzieht. „Yamato“ deutet an, daß es nach dem Kriege zu einer Annäherung zwischen Deutschland und Rußland kommen wird und befürwortet ein Bündnis zwischen Rußland, Deutschland und Japan, auf der Grundlage, daß Deutschland und Rußland freie Hand in Westasien und Indien bekommen und Japan in China. Yamato veröffentlicht eine Rundfrage, an der viele hervorragende Persönlichkeiten sich beteiligt haben. Als erster äußert sich der Präsident des Abgeordnetenhauses Shimada in einem vorsichtigen Aufsatz, dessen Hauptpunkt ist, daß der Krieg zu Japans Gunsten enden wird, weil er die europäischen Mächte erschöpfen wird.

Opposition gegen Juanschikai?

Amsterdam, 24. Januar. (B. L. B.) Ein heftiges Blatt meldet aus London: Wie die „Times“ aus Peking erfährt, würden für die monarchistische Bewegung lächerliche Mittel angewendet, um den Eindruck hervorgerufen, daß sie wirklich eine Aeußerung des Volkswillens sei. Nur einige amtliche Personen, die daran interessiert seien, unterstützten sie, während viele insofern dagegen arbeiteten. Einige von Juanschikais besten Freunden hätten ihn im Stich gelassen, da sie mit seinem Vorgehen nicht einverstanden gewesen seien. Als gutgesinnten Chinesen seien mit seiner Haltung unzufrieden. Es werde allgemein beurteilt, daß der Präsident seine persönliche Macht ausbreiten wolle, während in der Reichsregierung sehr viel Korruption herrsche, was seine ganze Sorgfalt in Anspruch nehmen sollte.

Wahlen zum schwedischen Geheimen Ausschuss.

Stockholm, 24. Januar. (B. L. B.) Der Reichstag wählte zwölf Mitglieder des Geheimen Ausschusses. Die Rechte wählte aus der ersten Kammer vier Vertreter, darunter Trygger und Kjellen, aus der zweiten Kammer zwei, darunter Lindmann. Die freisinnige Partei wählte aus der ersten Kammer zwei Vertreter, darunter den früheren Minister Alfred Peterson, aus der zweiten Kammer einen, nämlich Professor Öden aus Upsala. Die sozialdemokratische Gruppe wählte aus der zweiten Kammer drei Vertreter, darunter Branting.

Norwegisches Dementi.

Kristiania, 24. Januar. (B. L. B.) Zu der Meldung des Wiener Berichters eines Berliner Mattes, wonach die drei skandinavischen Minister des Neujahrs im Februar in Stockholm zusammenkommen würden, um Gegenmaßnahmen aus Anlaß der Verschärfung der englischen Blockade zu besprechen, erklärt das norwegische Telegraphenbureau, daß der norwegischen Regierung von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt sei.

Politische Uebersicht.

Burgfriede und Wahlrechtsreform.

Trotzdem die Andeutungen der „Thronrede“ über die preussische Wahlrechtsreform völlig farblos waren, zeigt sich die konservative Presse sehr beunruhigt. So verlangt Dr. Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“, daß der „Burgfriede“ nicht durch die Erörterung von Streitfragen gestört werde:

„Der richtig verstandene Burgfriede verlangt aber ferner, daß Streitfragen nicht ohne Not und Zwang in den Vordergrund gerückt werden, deren Lösung während des Krieges nicht nötig oder nicht möglich ist, — nicht nötig, weil zu ihrer tieferen Klärung nichts Neues gesagt werden kann, nicht möglich, weil erst nach dem Frieden beurteilt und entschieden werden kann, ob und in welcher Form ihre Lösung gefunden werden könne. Es sind von einem Teil der Presse auch in den letzten Wochen wieder strittige Fragen breit besprochen worden, die zu denen gehören, deren tiefere Klärung oder wirkliche Lösung während des Krieges unmöglich erscheint.“

Eine Notwendigkeit erkennt Dertel nur für die Erörterung der Steuerfragen an. Alle übrigen allgemeine politischen Fragen zu debattieren, sei jetzt weder zweckmäßig noch notwendig. Dazu gehört für die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich auch die Wahlrechtsfrage.

Noch deutlicher und entschiedener spricht sich die „Kreuzzeitung“ aus. Sie erhebt gegen die Regierung lebhaftest die Anklage, daß die Ankündigung der Wahlrechtsreform den Meinungskampf provoziert hätte. Aber das konservative Organ ist natürlich bereit, in allen strittigen Fragen seinen besonderen Standpunkt energisch zu vertreten. Sie kündigt die Wiederaufnahme der ständigen Rubrik „Innerpolitische Rückblicke“ an und schreibt dabei, beinahe drohend, also:

„Wir hatten im Frieden die Gewohnheit, an dieser Stelle unseres Blattes einen Ueberblick über die innere Politik der Woche zu geben. Es scheint uns an der Zeit, an diese Gewohnheit wieder zu erinnern. Vielleicht, wir möchten sagen hoffentlich, wird es noch nicht nötig sein, den alten Brauch schon wieder ganz regelmäßig aufzunehmen. Wir möchten uns die Entscheidung in dieser Beziehung noch vorbehalten. Jedenfalls lehren wir heute zum ersten Male wieder dazu zurück.“

Zur Sache der Wahlrechtsreform selbst verhält sie sich natürlich im wesentlichen ablehnend:

„So kann gerade vom Standpunkt der Thronrede aus dieser Krieg, in dem der preussische Geist und die preussischen Einrichtungen so glänzend sich bewährt haben, und in dem die Anklage gegen, oder es als eine dringende Aufgabe erscheinen lassen, daß die Grundlagen, auf denen der preussische Geist erwachsen ist und die preussischen Einrichtungen geschaffen sind, durch eine radikale Ausgestaltung des Wahlrechts beseitigt werden. Wir wollen gleich hinzufügen, daß wir, abgesehen von den Kriegserfahrungen, das preussische Wahlrecht einer Vervollständigung und Verbesserung wohl für fähig und bedürftig halten. Herr v. Seydewitz sprach es im Abgeordnetenhaus ausdrücklich aus, daß die konservative Partei bereit ist, im gegebenen Zeitpunkt daran mitzuarbeiten, die Schwächen auszugleichen und zu verbessern, und zwar in einer Weise, bei der eine möglichst weitgehende Uebereinstimmung der Parteien erzielt wird. Darin dürfte der Minister des Innern sich freilich täuschen, daß er meint, das politische Leben Preußens dauere von dieser unstrittigen Frage entlassen zu können. Die Sozialdemokraten in ihren beiden Flügeln werden niemals aufhören, für Preußen ein durch Herabsetzung der Altersgrenze und durch das Frauenwahlrecht noch radikalisiertes Reichstagswahlrecht zu fordern, und die bürgerliche Demokratie wird ohne das Reichstagswahlrecht für Preußen gleichfalls niemals zufriedengestellt werden. Da sich wohl keine preussische Regierung finden wird, die auf diese Weise die Grundlagen des preussischen Staates erschüttern ließe, so wird man sich auch für die Dauer darauf gefaßt machen müssen, der radikalen Demokratie trotz aller Zugeständnisse doch einen festen Widerstand entgegenzusetzen. Dennoch mag in Zeiten ruhiger Friedensentwicklung eine verbesserte Gestalt des Wahlrechts gesucht werden. Dieser Krieg ist es, wir wiederholen es, nicht, der die sofortige Inangriffnahme solcher Reform unerlässlich erscheinen ließe.“

Wie ernst es der „Kreuzzeitung“ mit ihrem Augenmerk über die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts ist, zeigt am besten die Verurteilung von v. Seydewitz, der in seiner Rede bekanntlich das preussische Dreiklassenwahlrecht geradezu „ideal“ nannte.

500 Millionen Mark neue Steuern.

Die Regierung läßt ihr Steuerprogramm noch immer ängstlich als Geheimnis und öffnet damit der Kombination Lür und Tor. Daß diese Geheimnisthämerei der Sache selber dienlich ist, kann man wohl nicht behaupten, denn schließlich sichern die Abkisten der Regierung doch nach und nach durch. So hat die „Tägl. Rundschau“ erfahren, daß der Bedarf an neuen Steuern sich auf 500 Millionen Mark beziffert und daß diese Summe gewonnen werden soll aus der höheren Besteuerung von Zigaretten und Zigarren, sowie aus einzelnen Zweigen der Post, der Telegraphie und des Eisenbahnverkehrs. Wie das erwähnte Blatt annimmt, werden die Depeschen und das Telephon verteuert, das Palet- und Expresporto wird erhöht und außerdem soll der Frachtdrucktempel hinaufgeschraubt werden.

Dieses Programm wird vermutlich stimmen. In Wirklichkeit wäre der neue Steuerbedarf natürlich viel höher, er wird künstlich dadurch herabgedrückt, daß die fortwährenden Ausgaben des Heeres und der Marine aus den Kriegsanleihen gedeckt werden. Staatsrechtlich ist dieses Verfahren bedenklich, die fortlaufenden Ausgaben des Heeres und der Marine müßten nach dem Friedensschluß in den Etat eingestellt werden, nur die darüber hinausgehenden Ausgaben sind die eigentlichen Kriegsausgaben, die aus Anleihenmitteln zu decken sind. So wie man jetzt zu verfahren gedenkt, bietet der Etat ein Bild, das der Wirklichkeit in keiner Weise entspricht.

Angst vor der Kriegsgewinnsteuer.

Die vom Kriegsausbruch der deutschen Industrie niedergesetzte Steuerkommission hat in einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung den Schatzsekretär telegraphisch ersucht, den Gesetzentwurf über die Kriegsgewinnsteuer bald bekannt zu geben. Nur dann werde sich übersehen lassen, ob nicht eine Ueberspannung der direkten Steuern zu befürchten sei, die die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege, namentlich die Deckung des Rohstoffbedarfes, die Wiederaufnahme der Ausfuhr usw. gefährden und damit insbesondere auch die Interessen der deutschen Arbeiterklasse auf das schwerste schädigen würde. Die Nachahmung dieses Beispiels früherer Zeiten, in denen Gesetzentwürfe, die im Bundesrat noch nicht zur Beschlußfassung gelangt waren, den Berufsvereinigungen der beteiligten Kreise zur Stellungnahme vorgelegt worden sind, sei im vorliegenden Falle um so notwendiger, als es sich hier um das gesamte Erwerbseinkommen der Nation handele.

Die Zukunft der Welfen.

Die welfischen Reichstagsabgeordneten haben sich bekanntlich der unter Führung der Reichspartei neu gegründeten „Deutschen Fraktion“ angeschlossen. Dazu bemerkt die „Wolfsburger Zeitung“:

„Die Welfen hatten sich in früheren Zeiten längere Jahre hindurch im Reichstage fraktionsmäßig als Hospitanten dem Zentrum angeschlossen, aber das Zentrum begünstigte auch die grundsätzlichen politischen Bestrebungen der Welfen. Das ist bei der Reichspartei von vornherein ausgeschlossen, so daß man wohl in der neuen Fraktionsbildung neben anderem Erfreulichem auch ein Zeichen dafür sehe, daß die Welfen gewillt sind, aus den staatsrechtlichen Entwicklungen vor dem Kriege, die den Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg auf den braunschweigischen Herzogthron führten, die praktischen und politischen Konsequenzen zu ziehen und ihre parteimäßigen politischen Bestrebungen den Gesinnungen des welfischen Fürstenhauses anzupassen.“

Diesen Glauben gestützt aber der welfische Abg. Alpers, der im welfischen Wahlverein in Hannover mitteilte, daß bei der Bildung der neuen Fraktion, der auch die Welfen angehören, für sämtliche Parlamentarier lediglich Zweckmäßigkeitsgründe vorgelegen haben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen gab er dann folgende Erklärung ab: „Die deutsch-hannoverschen Abgeordneten werden niemals auch nur um Haarsbreite abzuweichen von dem Wege, der uns vorgezeichnet ist durch unsere Vergangenheit, durch die Pflicht gegenüber unserem geliebten deutschen Vaterlande, durch die Treue gegenüber unserem hannoverschen und seinem Fürstenhause. Von dieser gemeinsamen Basis abzuweichen hat niemals weniger Grund vorgelegen als in unserer Zeit, wo wir mit allen guten Deutschen auf den baldigen Sieg unserer guten Sache hoffen.“

Preisfestsetzung für Speiseöle.

Am 24. Januar, (M. T. B.) Die Preise für Speiseöle haben in letzter Zeit eine durch die Sachlage nicht gerechtfertigte Steigerung erfahren. Wie wir hören, wird seitens der Reichsregierung die Frage einer Preisbindung für Speiseöle eingehend erwoogen.

Eier und Milch als Schweinefutter!

In Hannover hat am Sonnabend eine Mitgliederversammlung des Verbandes zur Züchtung des hannoverschen vorerzogenen Landweins stattgefunden, in der ein Vortrag über die „Durchhaltung der Schweinezuchtbestände“ gehalten wurde. Von der Aussprache verdient festgehalten zu werden, was ein Herr von der Deden aus Böhme (Kreis Hildesheim) über das zu sagen wußte, was dem Schwein am besten frommt. Dieser Herr führte nämlich aus, daß die Verfütterung von Milch und Eiern bei den Schweinen am meisten ansetzt! Solange es anständig gewendet sei, habe er noch seine Zuchtstiere und Kühen mit Eiern und Grünfütter sehr erfolgreich großgezogen. Nach dieser Richtung seien ja jetzt die gesetzlichen Bestimmungen hinderlich und es wäre zu wünschen, daß wenigstens eine Freigabe der Eier für Fütterungszwecke erfolge. Der Vorsitzende in dieser Versammlung, Deponierat Dohberkau aus Wittingen, beantwortete diesen frommen Wunsch mit einer allerdings sehr zahn gehaltenen Zurückweisung, in der er betonte, daß Eier und Milch ungewisshaft auch für das Vieh sehr betörend seien, aber zunächst und jetzt ausschließlich für die Ernährung der Menschen in Frage kommen könnten, wie überhaupt jeder Landwirt die Pflicht habe, die genannten Erzeugnisse zur Verfügung zu stellen.

Für die Auffassung, die in manchen landwirtschaftlichen Kreisen herrscht, ist die Forderung des Herrn v. d. Deden sehr charakteristisch.

Zu niedrige Kartoffelpreise?

In einer Vollversammlung der schlesischen Landwirtschaftskammer bezeichnete ihr Vorsitzender Hr. v. Klitzing die jetzt bestehenden Kartoffelpreise für viel zu niedrig. Die Landwirte, die nur 2,75 M. für den Zentner bekommen, verwenden ihre freibleibenden Kartoffeln viel lieber als Viehfutter, als daß sie diese für den billigen Preis weiter verkaufen. Er versprache sich ein besseres Auskommen mit den vorhandenen Kartoffelbeständen, wenn der Landmann wieder mit den Händlern direkt zu tun bekommt, wie er es seit Jahren gewohnt ist. Mit den Händlern wolle man einen Konzern bilden, von dem man sich nicht nur eine bessere Kartoffelversorgung, sondern vor allen Dingen auch besondere Preise versprache. Die gegenwärtigen Preise widersprächen den heutigen Verhältnissen. Dann beklagte sich Freiherr v. Klitzing noch über die vielen widersinnigen städtischen Klagen über Zurückhaltung der Speisekartoffeln. Diese seien darauf zurückzuführen, daß z. B. in Breslau die Droghausfischer ihre Pferde hauptsächlich mit Kartoffeln füttern.

Sehr richtig erwiderte Oberbürgermeister Matting-Breslau, daß der auffällige Mehrverbrauch an Kartoffeln in Großstädten vielfach auf den Ausfall an anderen Lebensmitteln zurückzuführen sei.

Die ganze Aktion der schlesischen Landwirtschaftskammer läuft nur auf eine Verteuerung der Kartoffeln hinaus, die jetzt tatsächlich das Hauptnahrungsmittel der übergroßen Masse der Bevölkerung geworden sind.

Der Wirtswart auf dem Kartoffelmarkt.

Eine schlesische Großfirma für den Kartoffelhandel versendet folgenden Wochenbericht:

In der Berichtwoche erlitt die Versendung der Kartoffeln eine erhebliche Störung dadurch, daß von Seiten der Lieferanten allgemein mit einer Erhöhung der Preise gerechnet wurde, in deren Erwartung mit Lieferung zurückgehalten wurde. . .

Die Nachfrage in Saatkartoffeln aus dem Westen Deutschlands ist unverändert rege; da aber die im Weseg vom 8. Januar vorgegebene Erlaubnis zum Verkauf von Saatkartoffeln dem Handel bisher noch nicht erteilt worden ist, steigen die Preise mangels geeigneter Organisation des Handelsverkehrs ganz rapide, so daß bereits 5 M. und 6 M. für gewöhnliche Sorten Saatkartoffeln gezahlt werden. . .

Zur Zuckerpreiserhöhung.

Der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ bringt in seiner Nummer vom 22. Januar unter der Rubrik „Unsere Zucker-versorgung“ einen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß wir vor dem Krieg nach England die billigen Zuckerpreise hatten; jetzt im Kriege sei der englische Zuckerpreis um 140 Proz. gestiegen, der deutsche Preis jedoch nur um 17 1/2 Proz. Wegenwärtig sei der deutsche Verbraucher nach Vorräten und Preisen am besten gestellt, während in Frankreich und England die allergrößten Schwierigkeiten in der Zucker-versorgung vorhanden seien.

Im Hinblick auf das andauernde Gefährde der Zuckerinteressenten, nach welchem der Zuckerpreis unbedingt erhöht werden müsse, um die Produktion zu vermindern, kann dieser amtliche Hinweis auf die ungünstigen Zuckerhältnisse im Auslande nur dahin gedeutet werden, daß das deutsche Volk sich auf eine Preiserhöhung vorbereiten muß.

In dem Artikel wird auch die Frage nach einer erhöhten Zuckerproduktion untersucht. Der Artikelschreiber kommt hierbei zu einer Bejahung dieser Frage; aber nicht um eine bessere Versorgung des Volkes mit Zucker herbeizuführen, sondern — um größere Zuckerbörse zum Verkauf an das zuckerarme Ausland nach Beendigung des Krieges sofort zur Hand zu haben. Darum also soll das deutsche Volk höhere Preise zahlen und in seinem Zuckerverbrauch beschränkt werden, während die Zuckerinteressenten doppelten Gewinn einheimen! Diese Bedenken können auch nicht gestreut werden durch den Hinweis darauf, daß bei einem größeren Zuckeranbau und bei der erweiterten Zuckerproduktion durch die Abfälle mehr Futtermittel bereitgestellt werden.

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

(Nach dem amtlichen Bericht.) In der Sitzung vom 22. Januar gab der Berichterstatter einen Ueberblick über die Leistungen der deutschen Viehproduktion während der zurückliegenden Jahrzehnte, wies auf die bedeutende Steigerung derselben hin und stellt sie in einen Vergleich zu den Leistungen der übrigen europäischen Kulturstaaten auf dem gleichen Gebiete. Allerdings habe der deutsche Viehbestand eine schwere Erschütterung durch die in den Frühjahrsmonaten des Jahres 1915 angeordnete Zwangsabschlachtung der Schweine erfahren. Die Folgen derselben seien allerdings bis gegen den Herbst 1915 durch eine rege Betätigung der Schweinezüchter wieder abgeschwächt worden. Jedoch erachte der Berichterstatter das am 4. November erlassene Höchstpreisgesetz für Schweine und Schweinefleisch für den Fortgang einer solchen erfreulichen Entwicklung höchst schädlich. Die Wirkung des Höchstpreisgesetzes sei um so bedauerlicher, weil durch dasselbe dem Konsum keineswegs eine vermehrte Fleischzufuhr beschieden gewesen sei, sondern vielmehr der Auftrieb von Schlachtschweinen ganz allgemein auf den deutschen Märkten erheblich zurückgegangen sei. Diese Erscheinung erkläre sich durch die Tatsache, daß die Hersteller von Dauerware in der Lage gewesen seien, höhere Preise für die Schlachtschweine ab Hof der Käufer anzubieten wie die Verkäufer der Frischware. So habe schließlich die Dauerwarefabrikation den Vorteil aus der Höchstpreisverordnung gezogen, welche dem Konsum zugeburt gewesen sei.

Gleichzeitig habe aber auch zum Erlaß des mangelnden Angebots von Schweinefleisch eine wesentliche stärkere Abschlachtung von Kindern stattgefunden, und zwar unter Ansehung der Preise für diese Fleischgattung. Bisher könne man daher den Ausgang dieser Höchstpreisverordnung nicht als einen glücklichen bezeichnen. Man könne nur den Beschluß der Verordnung vielleicht durch eine Syndizierung des Viehabschlages ausgleichen, jedoch sei aus wirtschaftlichen Gründen größte Eile hierbei unbedingt geboten.

Aus der Kommission wurde ausgeführt, wir müßten dahin gelangen, den Konsum an Fleisch aus Eigenem voll zu befriedigen. Das würde auch ein Aufblühen der Dauernahrungsmittel mit sich führen. Daß unsere Viehbestände so erheblich waren, habe uns im Kriege sehr geholfen. Es sei eine mangelnde Planmäßigkeit der Verordnungen auf dem Gebiete der Viehverzorgung zu tadeln. Man habe nicht rechtzeitig die Verfütterung von Brotgetreide gehindert. Nach Ansicht dieses Redners war die Einführung von Höchstpreisen für Schweine geboten, weil die Preise zu hoch gestiegen gewesen seien. So seien in Berlin bereits 100 M. notiert gewesen. Zu hohe Schweinefleischpreise würden den Landwirt wieder dazu bringen, Brotgetreide an die Schweine zu verfüttern. Ein weiterer Redner aus der Kommission trat dem bei, daß das Brotgetreide nicht zur Schweineproduktion herangezogen werden dürfe. Er sei der Meinung, daß der Fleischkonsum ohne Gefahr etwas vermindert werden könne.

Der Handelsminister erklärte, daß bei öffentlichen Verkaufsstellen in einem großen Berliner Bezirk der Fleischabsatz seit der Einführung der fleischlosen Tage etwa um ein Viertel zurückgegangen sei, wobei allerdings wohl auch die Höhe der Fleischpreise mitgewirkt haben möge. Jedenfalls habe aber die Einführung der fleischlosen Tage auch in zahlreichen Familien Anhang und Beachtung gefunden.

Der Landwirtschaftsminister bestätigte, daß mit einem gewissen Rückgang der Viehhaltung, insbesondere der Schweine, gerechnet werden müsse. Mit Rücksicht auf die Knappheit der Futtermittel könne man jedoch durch Verbote in bezug auf das Abschachten nicht eingreifen; um so mehr müsse man sich aber hüten, Maßnahmen zu treffen, die auf eine weitere Einschränkung der Viehhaltung hinwirkten. Bereits im Reichstag sei von fast allen Seiten anerkannt worden, daß eine Einführung von Höchstpreisen für Rindvieh undurchführbar sei. Statt dessen habe er sich entschlossen, durch eine Zusammenführung von Erzeugern, Handel und Verbrauchern eine Regelung der Fleischversorgung in die Wege zu setzen. Er verkenne keineswegs die außerordentlichen Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe, eine angemessene Lösung könne aber nur im Wege der Selbstverwaltung und Selbstverwaltung gefunden werden. Wenn auch trotzdem mit einer gewissen Einschränkung des Fleischverbrauchs gerechnet werden müsse, so könne diese doch mit Rücksicht auf den bisher sehr großen Fleischverbrauch als unbedenklich angesehen werden.

Hausfuchungen.

In Düsseldorf fanden im Parteisekretariat, im Gewerkschaftssekretariat, sowie in den Privatwohnungen von etwa einem Duzend Partei- und Gewerkschaftsangehörigen durch Beamte der politischen Polizei Hausfuchungen statt, die sich z. T. bis auf die Koffeneller und das Kleiderfutter der Sonntagsanzüge erstreckten. Gefucht wurde angeblich nach dem Zimmerwalder Manifest.

Kriegsbekanntmachungen.

Postverkehr mit deutschen Gefangenen in Rußland.

Berlin, 24. Januar. (M. T. B.) Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz teilt mit: In den Briefen unserer Kriegsgefangenen in Rußland ist häufig die Klage zu lesen, daß die Nachrichten aus ihrer Heimat fast unregelmäßig eintreffen. In vielen Fällen liegt das an ungenügender Adressierung. Es ist dringend zu empfehlen, Namen, Vornamen, Regiment, Kompanie, Schwadron oder Batterie in lateinischer Schrift auf der Adresse genau anzugeben. Bei häufiger vorkommenden Familiennamen kann der Zusatz ihres Wohnortes in Deutschland von Vorteil sein. Möglich ist auch, den Bestimmungsort sowohl in lateinischer, als auch — soweit möglich — in russischer Buchstaben anzugeben; doch wird davon gewarnt, die etwa auf den Gefangenenbriefen stehenden Stempel oder sonstigen Angaben nachzuziehen, da dies vielfach zu Mißverständnissen Anlaß gibt.

Im übrigen ist es zweckmäßig, die in russischer Gefangenschaft befindlichen, mit denen bereits ein schriftlicher Verkehr besteht, zu veranlassen, daß sie und ihre Mitgefangenen sich ihre Adressen in lateinischer Schrift von einem der russischen Sprache kundigen aufschreiben lassen und diese Adressen ihren Angehörigen einreichen, damit diese instande sind, ihre Briefe richtig zu adressieren. Da auch im Russischen die Aussprache der Ortsnamen vielfach von der Schreibweise abweicht, so führt die Wiedergabe der Ortsnamen nur nach dem Gehör leicht zu Irrtümern.

Letzte Nachrichten.

Zur Eröffnung der Griechischen Kammer.

Bern, 24. Januar. (M. T. B.) „Secolo“ meldet aus Athen: Zur Eröffnung der Kammer befindet sich der größte Teil der Abgeordneten in Athen, darunter 16 Abgeordnete der nordägäischen Bezirke, gegen deren Zulassung die Unterrichtsminister seinerzeit Einspruch erhoben. Die Regierung habe über diese Abgeordneten einen Beschluß noch nicht gefaßt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Bei den Werkzeugschleifern und Schleiferinnen hat die Arbeit schon etwas nachgelassen, weil die Kriegsarbeiten zum großen Teil fertiggestellt ist. Allerdings arbeiten einzelne Betriebe noch in Hochkonjunktur, andere dagegen lassen aussetzen. Wo die Arbeiter Lohnforderungen gestellt haben, sind diese auch zugestanden worden. Die Frauenarbeit hat zugenommen, doch sind die Arbeiterinnen mit den ihnen gezahlten Löhnen nicht zufrieden. In W. werden in der A. G. Turbine Frauen Affordarbeiten angeboten, die sie um den halben Preis billiger machen sollen, als die Werkzeugschleifer. Uebrigens können die Frauen in dieser Branche die Männer nicht ersetzen, da die Schleiferei im allgemeinen gelernt und langjährig geübte Kräfte erfordert.

Deutsches Reich.

Die Lohnverhältnisse der Kölner Metallarbeiter während des Krieges.

Als eine beachtenswerte Arbeit muß die jüngst vorgenommene Erhebung über die Lohnverhältnisse der Kölner Metallarbeiter während des Krieges bezeichnet werden. Ihr Ergebnis widerlegt nicht nur die schon so oft erhobene Behauptung von den erzielten Riesenerlösen, sondern sie zeigt auch, daß trotz der enormen Lebensmittelpreiserhöhung sogar Verdienstverminderungen während des Krieges stattgefunden haben.

An dieser Statistik waren außer den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch die des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsvereins der Düren-Düsseldorfer Maschinenbauarbeiter beteiligt. Von den erfassten Personen, die zu 77,4 Proz. verheiratet und 22,6 Proz. ledig waren, arbeiteten je die Hälfte in Afford und im Stundenlohn. An Kriegsaufträgen waren 64,3 Proz. der Erfassten beschäftigt. Von den befragten Metallarbeitern hatten:

Berufe	Verdienst die Stunde im Durchschnitt		Steigerung in d. Krieges		Verdienst die Stunde im Durchschnitt		Steigerung in d. Krieges	
	W.	Proz.	W.	Proz.	W.	Proz.	W.	Proz.
Schlosser	72,2	57,0	8,2	6,8	10,8			
Dreher	90,2	74,6	19,8	1,5	24,9			
Schmiede	81,7	55,8	8,0	6,4	15,1			
Formier	80,8	50,5	14,4	8,5	15,6			
Gießerhilfsarbeiter	66,0	78,2	9,1	9,5	19,0			
Maschinenarbeiter	75,5	60,7	8,8	8,1	10,8			
Drahtzieher	75,5	76,8	9,3	3,5	15,7			
Handwerkermäßig. Berufe	84,0	88,7	4,8	5,8	5,0			
Sonstige Berufe	66,6	57,5	11,0	9,5	11,6			
Ungelernte Arbeiter	56,8	68,5	8,7	6,1	14,1			
Zusammen	74,1	62,4	11,7	8,4	12,1			

Den höchsten Durchschnittsverdienst weisen demnach die Dreher mit 90,2 W., den geringsten dagegen die ungelerten Arbeiter mit 56,8 W. die Stunde auf. Einen höheren Verdienst als im Durchschnitt erreichten nur noch die Schmiede, Formier, Maschinenarbeiter und Drahtzieher. Fast die Hälfte der befragten Metallarbeiter verdiente zwischen 60 und 80 W. die Stunde, etwa 25 Proz. hatten bis zu 60 W. Stundenverdienst und nur rund 8 Proz. der Erfassten verdienten mehr als 1 W. die Stunde. Derselben Verdienst dürften auch in den anderen größeren Orten erzielt werden; von außergewöhnlich hohen Löhnen kann somit keine Rede sein. Hervorzuheben wäre noch hierzu, daß die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes in fast allen Berufen höhere Löhne aufweisen, als die der beiden gegnerischen Organisationen.

Eine Verdienststeigerung während des Krieges wurde nur von 62,4 Proz. der befragten Personen erzielt. 37,6 Proz. haben also nichts erreicht; darüber sind sogar noch 6,4 Proz., die eine, wie die Uebersicht zeigt, nicht unwesentliche Verdienstverminderung hatten. Bemerkenswert ist hierbei, daß der Prozentsatz der Mitglieder, die eine Verdienststeigerung erreichten, bei den Gießerhilfsarbeitern und Drahtziehern höher ist, als bei den Drehern. Die höchste Verdienststeigerung in der Stunde wurde dagegen von den Drehern erzielt, sie betrug 19,8 W. Erst in weiterem Abstand folgen die Formier mit einer Durchschnittssteigerung von 14,4 W. die Stunde. Die geringste Steigerung, nämlich 4,3 W. die Stunde, wurde in den handwerkermäßigen Berufen (Klempner, Bauhelfer, Heizungsmonteur usw.) festgestellt.

Recht verschiedenartig ist die Verdienststeigerung in den einzelnen Entlohnungsarten. Die höchste Steigerung (17,0 W. die Stunde) ist beim Einzelafford ermittelt worden, während die Stundenlöhne nur um 7,5 W. im Durchschnitt gestiegen sind. Dieses letztere Ergebnis ist äußerst bedauerlich, wenn man bedenkt, daß

allein der nach Carlwers Methode errechnete Kostenaufwand zur Ernährung einer vierköpfigen Familie um rund 60 Proz. gestiegen ist. Dazu kommen noch die hohen Ausgaben für Miete, Steuern, Kleidung, Heizung, Licht usw. Man kann also ruhig behaupten, daß die Lohnsteigerungen, soweit sie vorhanden sind, mit dem so viel hervorzuhebenden Entgegenkommen der Unternehmer nichts zu tun haben, zumal noch feststeht, daß die organisierten Arbeiter höhere Löhne haben als die Unorganisierten.

Aus Industrie und Handel.

Zigarettenabak-Einkaufsgesellschaft.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Infolge des Krieges fehlen zurzeit in Deutschland billige orientalische Tabake, während der Verbrauch dieser Tabake in Deutschland eine steigende Richtung zeigt. Der deutsch-orientalische Großverkehr wurde in der Kriegszeit zum größten Teil lahmgelegt. Die Zufuhr an russischen Tabaken hörte auf. Man fing daher in Deutschland an, seine Lust zu Ungar-Tabaken und Java-Tabaken zu nehmen. Für Ungar-Tabake, die an sich für die Zigarettenherstellung in Deutschland wenig geeignet sind, wurden unverhältnismäßig hohe Preise gezahlt. Der Ankauf von billigen Java-Tabaken zur Zigarettenherstellung erwies sich als unrentabel, da er nur dazu beitragen konnte, der Zigarettenindustrie den Bezug von billigerem Rohmaterial noch mehr zu erschweren. Die Nachrichten über die Ernte 1915 an Orienttabaken ließen darauf schließen, daß die Quantität nicht groß sei, wodurch bei dem großen Wettbewerbe Preissteigerungen in Aussicht standen.

Diese Sachlage führte dazu, daß der Frage der Errichtung einer gemeinsamen Zigarettenabak-Einkaufszentrale nähergetreten wurde.

Durch die Gründung einer gemeinnützigen Zigarettenabak-Einkaufszentrale soll die Möglichkeit gegeben werden, namentlich den kleinen und mittleren Zigarettenfabrikanten ihr Rohmaterial zu angemessenen Preisen zu beschaffen. Es war zu befürchten, daß nach Eröffnung des unmittelbaren Weges nach dem Ozean ohne eine Regelung der Einfuhr der Tabake nur einige Großfabrikanten, die im Orient umfangreiche Anläufe vorgenommen hatten, von der neuen Verkehrs-möglichkeit Vorteil haben würden. Eine Regelung der Einfuhr auf dem Orientwege durch eine von der Regierung unterstützte Zentrale ließe sich weiter erwarten, daß es gelingen werde, die Transportverhältnisse wesentlich zu verbessern, außerdem aber Gelegenheit zu schaffen, durch die offiziellen Beziehungen zu den Balkanländern Tabakmengen heranzubringen, die sonst nicht so bald den Weg nach Deutschland gefunden hätten. Ferner sollte durch eine Zentralförderung des Einkaufs der deutschen Besatzmacht einträgen. Schließlich bestand die Möglichkeit, in den zurzeit schwer zugänglichen Gebieten verhältnismäßig billig größere Mengen für Deutschland brauchbarer Tabake alsbald anzukaufen, die, wenn auch vielleicht nicht in nächster Zeit, so doch spätestens unmittelbar nach dem Kriege den deutschen Verbrauchern sehr willkommen sein würden.

Diese Erwägungen führten zur Gründung der Zigarettenabak-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Die Gesellschaft ist als eine rein gemeinnützige errichtet worden, die beteiligten Banken erhalten keine Gewinnbeteiligung. Die Tätigkeit der Verwaltungorgane ist eine ehrenamtliche. Als Sitz der Verwaltung der Gesellschaft mußte mit Rücksicht auf die notwendige ständige Abhaltung mit anderen Kriegsgesellschaften und den Behörden Berlin gewählt werden. Auf alle Fälle wird aber Dresden beim Betriebe des Tabaks in erster Linie eine Rolle spielen, weil dort schon bisher die meisten Händler ansässig waren, und weil Dresden als Zentrumpunkt des Handels auch die beste Lagerungsmöglichkeit bietet.

Die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak sind vom Reichskanzler aufgehoben worden.

Soziales.

Das Bruchgeld der Kellner.

In größeren Gastwirtschaften ist es üblich, daß die Kellner alles, was an Geschirr und Gläsern zerbrochen wird, bezahlten, und zwar nicht nur das, was durch ihr Verschulden entzweit geht, sondern alles, was im Betriebe an Bruch entsteht. Es kommt sogar vor, daß den Kellnern weit höhere Beträge für Bruchgeld angerechnet werden, als der Arbeitgeber für Ersatz zerbrochener Gegenstände ausgegeben hat. Derartige Gastwirte machen mit dem Bruchgeld, welches sie den Kellnern abziehen, also einen Ertragsprofi.

Gegen das Victoria-Café, wo diese Praxis üblich war, klagte vor mehreren Monaten ein Kellner beim Gewerbegericht auf Rückzahlung des ihm während einer längeren Arbeitsdauer abgezogenen Bruchgeldes. Wie wir seinerzeit berichteten, entschied das Gewerbegericht damals, daß der Kläger nur für den dem Beklagten tatsächlich entstandenen Bruchschaden ersatzpflichtig gemacht werden könne. Das Gericht stellte fest, daß nach diesem Grundsatze der Kellner die Hälfte des ihm abgezogenen Bruchgeldes zurückhalten müsse. Die andere Hälfte des als Bruchgeld gebuchten Betrages hatte die beklagte Firma für Anschaffung einer Fußmaschine, Reparatur von Möbeln, Erneuerung verlorengangener Silbergeräte usw. verrechnet. Das Gewerbegericht erklärte dies als unzulässig. Die Firma legte gegen das Urteil Berufung ein. Doch sollte sie damit keinen Erfolg. Das Landgericht hat sich ebenfalls auf den Standpunkt gestellt, daß der Kläger nur für den tatsächlich entstandenen Bruchschaden herangezogen werden kann.

Eine zweite gleichartige Klage, die gegen das Victoria-Café schwebte und vom Gewerbegericht aufgesetzt wurde, bis das Urteil der Berufungsinstanz vorlag, kam gestern vor dem Gewerbegericht wieder zur Verhandlung. Es sind nämlich alle Kellner der beklagten Firma mit dem Bruchgeld in gleicher Weise geschädigt worden, denn die von der Firma als Bruchgeld beanspruchten Beträge wurden auf alle Kellner gleichmäßig verteilt. — Nachdem im jetzigen Termin der Vorbescheid auf das erwählte Landgerichtsurteil hingewiesen hatte, zahlte die beklagte Firma dem Kläger ohne Urteil 67,50 W., die sie ihm während einer Arbeitsdauer von fünf Monaten mehr abgezogen hatte, als von den Kosten des tatsächlichen Bruchschadens auf seinen Anteil kam.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 437 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde-Reg. 3. u. 6. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Regiment Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Für.-Reg. (f. 6. Garde-Inf.-Reg.). Gren.- u. Inf.-Bn. Fü.-Regiment Nr. 6, 8 (f. Inf.-Reg. Nr. 875), 10, 11, 12, 15, 33, 35, 36, 41 (f. Inf.-Reg. Nr. 372), 50, 55, 60, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 72, 74 (f. Inf.-Reg. Nr. 385), 75 bis einschl. 79 (letzteres siehe auch Inf.-Reg. Nr. 365), 80, 82, 85, 88, 90 (f. Inf.-Reg. Nr. 372), 116, 128, 129, 181, 182, 187, 141, 142, 143, 150 (f. Inf.-Reg. Nr. 372), 158, 164, 178, 176, 257 bis einschl. 265, 268, 272 bis einschl. 276. Inf.-Regiment Nr. 7, 11, 36, 64, 65, 66, 72, 78, 79, 81, 83, 118, 180, 231 bis einschl. 235, 237, 228, 229, 232, 233, 235, 236, 239, 240, 250, 251, 252, 255 bis einschl. 261, 264, 265, 266. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 6, 11, 12, 78, 77, 80, 85 (f. Inf.-Reg. Nr. 79), 118. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2. Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 6 (f. Inf.-Reg. Nr. 357), 9 (f. Inf.-Reg. Nr. 359), 11 (f. Inf.-Reg. Nr. 360), 25, 30, 31 (alle drei f. Inf.-Reg. Nr. 303), 32 (f. Inf.-Reg. Nr. 364), 36 (f. Inf.-Reg. Nr. 361), 38 (f. Inf.-Reg. Nr. 365), 41, 42, 49 (alle drei f. Inf.-Reg. Nr. 365), 80 (f. Inf.-Reg. Nr. 364), 81 (f. Inf.-Reg. Nr. 362), 86 (f. Inf.-Reg. Nr. 364). Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 21 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2). Landw.-Inf.-Ausbildungs-Bat. München-Gladbach. Jäger-Reg. Nr. 3; Bat. Nr. 3; Ref.-Bataillone Nr. 8 und 21. Gebirgs-Nachschwabeneinheiten: Ref. Nr. 204 und 238; 2. Erf.-Nachschwabeneinheit des 9. Armeekorps.

Kavallerie: Leib-Garde-Fusaren. Schwere Ref.-Reiter Nr. 3; Fusaren Nr. 18; Kav.-Reg. Nr. 85. 2. Landst.-Escadron des 11. Armeekorps.

Wortführer: Sturm-Abteilung.

Die Liste Nr. 3 des Vermissten-Nachweises wird veröffentlicht.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 246, deren Inhalt bereits mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die sächsische Verlustliste Nr. 247 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 105, 103, 107, 133, 170, 188, 220, 245, 246, 251, 254, 274; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 102, 242, 248; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 100, 101, 102, 104; Landst.-Inf.-Bataillone: Pirna (XII. 5), Weizsig (XIX. 18), Zwickau XIX. 18), Landst.-Erf.-Bat. (XII. 10); Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 12, 25, 26; Feldart.-Regiment Nr. 28, 32, 48, 64, 65, 77, 78, 115, 245, 246; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 23, 24, 32, 40; Erf.-Feldart.-Reg. Nr. 47; Erf.-Abteilungen der Feldart.-Regiment Nr. 28, 48; Fuhrart.-Regiment Nr. 12, 19; Fuhrart.-Bataillone Nr. 27, 88; Ref.-Fuhrart.-Bat. Nr. 12; Erf.-Bat., Fuhrart.-Reg. Nr. 12; Fuhrart.-Batterien Nr. 136, 278, 450.

Eingegangene Druckschriften.

Flugschriften für Cechenreich, Ungarns Erwachen. Heft 89 Der Traum vom Dreieck. Von Th. v. Sosnowski. — Heft 10: Der deutsche Bruder und Cechenreich. Von G. Schott-Biedel. Einzelheft 80 Pf. — E. Straube, Wernsdorf in Böhmen.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Faust I.
Mittwoch: Der Biberpelz.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Mittwoch: Gyges und sein Ring.
Volksbühne. Theater u. Bühnenspieler.
8 1/2 Uhr: Viel Lärm um Nichts.
Mittwoch: Viel Lärm um Nichts.

Dir. Melnhard-Bernauer.
Theater in der Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Götz v. Berlichingen.
Komödienhaus
8 1/2 Uhr: Die rätselhafte Frau
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Theater für Dienstag, den 25. Januar.
Deutsches Opernhaus Charlottb.
8 Uhr: D. lustig. Weiber v. Windsor
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: Der pfiffige Kadett. (Donna Juanita).

Gabr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: Sokrates und Perlmutter.
Kleines Theater.
8 Uhr: Henriette Jacoby.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.

Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Montis Operetten-Theater
Gastsp. Ed. Lichtenstein aus Hamb.
8 Uhr: Der Sterngucker.

Rose-Theater.
8: Gestern noch auf stolzen Rossen.
Berantio. Redakt.: Alfred Dielepp, Neuloh. Inseratenteil verontm.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 Uhr: Kaiser und Gallier.
Mittwoch: Komödie der Worte.
Donnerstag: Peer Gynt.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die seltsame Exzellenz.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Kurland
und die Dünafront.

Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Alles aus Gefälligkeit.
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Jungbrunnen.

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Zwei glückliche Tage.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 Uhr: Das Nachtlager v. Granada.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!

Theater des Westens
8 Uhr: D. Fräulein v. Amt
mit Guido Thielecher.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Grigri.

Luisen-Theater.
Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnab.,
8.15 Bettelstudenten.
Donnerstag
8.15 Muttersegen.
Mittwoch
4 Uhr: Zwerg Nase.

Apollo THEATER
Direktion Adolf Vogel
Telef. 1. Str. 7541
Letzte
Woche
des großen
Januar-
Programms
14 ansehnliche
Schlager!
Anfang 8 Uhr.

Billetverk. 11-1 a. d. Kasse
sowie Wertheim u. Invaliden.

Palast
Anfang 8 Uhr.
Wieder-Auftreten
Wanda Treumann
Viggo Larsen
in „Paragraph 80, Absatz 2“
von W. Kahn.
Dazu das neue
Januar-Programm.

Circus Busch
8 Uhr Heute 8 Uhr
Zum 50. Male
das mit so beispiellosem Erfolge
aufgenommene große
Fest- und Aufstattungsstück
Ein Wintermärchen.

Das weit umfänglichste und
abermals
Sonnab., 29. 1., nachm. 3 1/2 Uhr
ungefüllt.
Ein Wintermärchen.

Casino-Theater
Vollringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Neu! Neu! Neu!
Was machte nu?
Tage in 3 Akten von Hans Berg.
Mabendstück kürdtischer Weisheit.
Dazu das erste Spezialitätenprog.
Gente 4 Uhr: Familie Schmale.

Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.
Melonenbaum.
Posse mit Gesang v. Theo Halton.
Meschugge ist Trumpf
Posse i. 3 Akt v. Leonh. Haskel mit
Leonh. Haskel u. Siegfried Berisch.
Anfang 8 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN
Januar-Spielplan!
Hagedorns Wundergrotte
Perzinas dressierte Sittiche,
Kanariens Zwerghpapageien
Hun Gunos Chinesentruppe
Georg Sauer, Improvisator
Barnes u. King, Zauberparodien
Geschw. Kios, gymnast. Akt
Karl Franke in seinem Kameruner
Gobert Belling, kom. Drossuren
Außerdem:
Die schöne Komödiantin.
Operette in 1 Akt
v. Eugen Burg u. Louis Taufstein.
Musik von Leo Ascher.
Mitwirkende:
Else Berna — Lotte Werkmeister
v. Thalia-Theat. a. G.
Gustav Matzner — Heinrich Peer
Julius Spielmann.

Admiralspalast Eis-Arena
Großes Eis-Ballett.
8 1/2 Uhr. 2, 3, 4 H.
Vorzügliche Küche.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Morgen Mittwoch, den 26. Januar:
Goldene Jugend.
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten
v. Helmingen. Musik v. Tichet.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Krit. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Die von der Emden
Anfang 8 1/2 Uhr.
Für Militärper-
sonen vollkomm.
freier Zutritt zu
d. Stett. Sängern.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich
Großes Konzert.
Berliner Konzerthaus-Orchester
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags-Konzert bei vollem Orchester und freiem Eintritt.

Leiter: Komponist Franz v. Blon.
An allen Wochentagen
Berliner Konzerthaus-Orchester
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags-Konzert bei vollem Orchester und freiem Eintritt.

Aus der Partei.

Württembergische Landeskonferenz.

Eine Konferenz, die sich zusammensetzte aus den Mitgliedern des Landesvorstandes, des Landesauschusses, den Vorsitzenden der Kreisvereine, den Redakteuren und Abgeordneten der Partei und den Vorständen der größeren Ortsvereine, fand am 23. Januar in Stuttgart statt.

Die Landeskonferenz spricht ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteiausches und erklärt aufs neue ihr Einverständnis mit der von der Reichstagsfraktion seit dem 4. August 1914 vertretenen Politik, die dem Lebensinteresse des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung entspricht, und die, da ihre Voraussetzungen sich bisher in keiner Weise geändert haben, auch weiterhin durchgeführt werden muß.

Die Konferenz erkennt an, daß von dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion in keinem Augenblicke die Pflicht verkannt wurde, auf den baldigen Frieden hinzuwirken, und begrüßt die Bereitschaft der deutschen Regierung, auf der Grundlage ernstgemeint Vorschläge in Friedensverhandlungen einzutreten.

Die Konferenz verurteilt aufs schärfste die Sonderaktion eines Teiles der Reichstagsfraktion, die den politischen Einfluß der Partei auf die Entscheidungen der inneren und äußeren Politik aufs schwerste bedroht und die Werkkraft der Partei schwächt. Sie richtet das dringende Ersuchen an den Parteivorstand, den immer stärker hervortretenden Spaltungstendenzen in der Partei mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken.

Die Konferenz erkennt an, daß Parteivorstand und Fraktion mit allen ihren Kräften an der Verbesserung der Ernährung des Volkes gearbeitet haben und fordert sie auf, auch weiterhin für eine Organisation der Volksernährung einzutreten, die die Privatinteressen der Spekulanten und Produzenten der Notwendigkeit unterordnet, die breiten Massen ausreichend zu ernähren.

Die Konferenz fordert die Parteigenossen in allen Orten des Landes auf, mit allen Kräften für die Erhaltung und Stärkung der Parteioorganisation zu wirken, insbesondere durch unabhängige Verarbeit der Partei, die heute mehr als je eine unentbehrliche Waffe im Kampf um die Interessen der deutschen Arbeiterklasse ist.

Demso trat die Konferenz einstimmig dem Antrag bei, der Parteivorstand möge die baldige Einberufung eines Parteitagess in Erwägung ziehen.

Mit der Haltung der Reichstagsfraktion und der Stellungnahme des Parteiausches

beschäftigte sich der Kreisvorstand des Wahlkreises Kottbus-Spremberg. Der Abg. des Kreises Genosse Giebel rechtfertigte die Haltung der Fraktion. Am Schlusse der Aussprache wurde, gestützt auf die einstimmige Abstimmung der vor kurzer Zeit abgehaltenen Kreisvertreterkonferenz, festgestellt, daß der Parteivorstand einstimmig die Tätigkeit der Fraktion gutheißt und dem Beschlusse des Parteiausches zustimmt. Fragen der inneren Politik können für die Fraktion kein hinreichender Anlaß sein, von ihrem bisherigen Wege abzugehen; denn die Bewilligung der Kriegskredite sei nicht ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Die Parteioorganisation in Düsseldorf hielt am Sonntag eine von etwa 500 Mitgliedern besuchte Generalversammlung ab, in der die folgende Entschließung einstimmig zur Annahme gelangte:

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines für den Wahlkreis Düsseldorf spricht den 20 Parteigenossen der Minderheit unserer Fraktion, die gegen die Kriegskredite stimmten, ihre Sympathie aus. Sie bedauert, daß auch nicht die übrigen Mitglieder der Minderheit sich diesem entschlossenen Vorgehen angeschlossen haben.

In dem Vorgehen der Mehrheit unserer Fraktion im preussischen Landtage erblickt die Versammlung die Betätigung sozialistischer Politik, wie sie den Grundzügen der Partei entspricht. Die Versammlung erwartet, daß die gesamte Fraktion, sowohl die des Reichstags als auch die des Landtags, sich bald zu dieser Politik zurückfinden möge.

Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit dem für eine Anzahl Düsseldorfer Genossen immer noch bestehenden Rednerverbot. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, der u. a. besagt: Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereines wird beauftragt, sich zwecks Aufhebung des Rednerverbotes der Genossen von Düsseldorf unabhanglich mit dem stellvertretenden Generalkommando des 7. Armeekorps in Verbindung zu setzen. Eventuell ist weitere Beschwerde zu führen.

Am selben Tage vormittags fand eine Vertreterversammlung des Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Düsseldorf, statt, die sich u. a. auch mit der durch den Parteistreit für die Gewerkschaften geschaffene Lage beschäftigte. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Schreibweise des „Correspondenzblatt der Generalkommission“ verurteilt und es gemuigt wird, daß einzelne Gewerkschaftsführer ihre Stellung mißbrauchen, indem sie als Gewerkschaftler Stellung zum Parteistreit nehmen und dadurch diesen in die Gewerkschaften tragen.

Eine gutbesuchte Parteiverammlung des ersten Dundenburger Reichstagswahlkreises nahm zu den Differenzen in der Reichstagsfraktion Stellung. Gegen zwei Stimmen billigte die Versammlung die Haltung der Mehrheit der Fraktion; einstimmig bedauerte sie die Spaltung und sprach sich für ein einheitliches Vorgehen aus, da jede Spaltung der Aktionsfähigkeit der Partei schaden müsse.

Totenliste der Partei.

Der Genosse Rupert Schermer, Vorsitzender der Königsberger Parteioorganisation, ist als Opfer des Krieges in Serbien gestorben. Er gehörte zum unausgebildeten Landsturm, wurde in Königsberg ausgebildet und mächte im Dezember mit nach Serbien abziehen, wo er sehr bald erkrankte. Dieser Krankheit ist er jetzt in einem Lazarett erlegen. 1900 kam er als Geschäftsführer des Schneiderverbandes von Kiel nach Königsberg und gewann hier sehr bald das volle Vertrauen der Parteigenossen. 1914 wurde er in das Stadtverordnetenkollegium gewählt. Schermer hat nur ein Alter von 38 Jahren erreicht.

Der Enkel Bebel's gestorben.

In Jena ist der einzige Enkel August Bebel's, der Student der Medizin Werner Simon aus Jurich, an Herzschwäche gestorben. Werner Simon hat zunächst einige Semester in der Schweiz studiert und war erst im vergangenen Herbst an die Jenaer Universität übergetreten. Jetzt hat ihn, den vierundzwanzigjahrigen, der Tod getroffen, dem vor wenigen Jahren sein Vater, ein wissenschaftlich strebsamer Arzt, erlag. Die Tochter Bebel's, Frau Simon, ist bereits vor längerer Zeit aus Gram über den plötzlichen Tod ihres Mannes und den ihres Vaters zusammengebrochen. Der Tod ihres einzigen Sohnes häuft neuen Schmerz über die schwergeprufte Frau.

Aus Groß-Berlin.

Die neue Brotkarte.

Der Magistrat veröffentlicht heute seinen schon bekannten Beschluß, daß vom 31. Januar 1916 ab die Brotkarte auf 1900 und die Zusatzbrotkarte auf 350 Gramm laute. In Uebereinstimmung hiermit wird das Einheitsgewicht des großen Roggenbrotes auf 1900 Gramm und dessen Höchstpreis auf 78 Pf. festgesetzt.

Die für die Zeit vom 31. Januar bis 13. Februar 1916 ausgegebenen Brotkarten einschließlich der Zusatzkarten der 50. und 51. Woche sind für ungültig erklärt und müssen bei Empfangnahme der dafür ausgegebenen neuen Brotkarten zurückgegeben werden.

Gleichzeitig sind die Berliner Kuchenvorschriften mit der Bekanntmachung des Bundesrates über die Vereinfachung von Kuchen vom 16. Dezember 1915 insofern in Einklang gebracht, als die Verwendung von Backpulver und ähnlichen Triebmitteln nicht weiter verboten wird. Nach wie vor darf aber — darauf muß mit allem Nachdruck hingewiesen werden — der Kuchen an Weizen- und Roggenmehl insgesamt nicht mehr als 10 Prozent des Kuchengewichts enthalten.

Arbeiterbildungsschule. In dieser Woche beginnen die Wochentagskurse des Lehrplans vom 1. Quartal 1916. Der erste dieser Kurse nimmt seinen Anfang heute Dienstag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr. In ihm soll der Balkan, seine Völker und seine wirtschaftliche Bedeutung behandelt werden. Vortragender ist Genosse Ernst Daumig.

Donnerstag, den 27. Januar, beginnt der Kursus, in dem Genosse Eduard Bernstein die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie behandeln wird.

Der dritte Kursus, in dem Genosse Emil Eichhorn die Rationalitatsfrage behandeln wird, sollte ursprünglich Sonnabend, den 29. Januar, beginnen. Mit Rücksicht auf die an diesem Abend im Hortsaal der Schule stattfindende Feier des 25jahrigen Bestehens der Arbeiterbildungsschule wird der Anfang dieses Kursus auf Sonnabend, den 3. Februar, verschoben.

Jeder der drei Kurse umfaßt 8 Abende; das Horengeld für den Kursus beträgt 50 Pf. und ist spätestens am zweiten Abend zu entrichten. Die Anmeldungen erfolgen nur im Schullokal — Hortsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts 3 Treppen. Alle Vorträge beginnen um 8 1/2 Uhr abends und enden gegen 10 Uhr.

Erregte Auftritte bei den Schlachtermeistern sind jetzt seit einigen Tagen eine ständige Erscheinung. Wie mitgeteilt, darf ausländisches Schweinefleisch zu höheren Preisen als 1,40 M. (Höchstpreis für inländisches Schweinefleisch) verkauft werden. Merkwürdig: die Schlachtermeister haben sich jetzt fast alle das teure ausländische Schweinefleisch zugekauft und verkaufen es zu 2,50, 2,80 bis 3,50 M. das Pfund. Die Hausfrauen bestreiten aber, daß das Schweinefleisch auch wirklich aus dem Auslande stammt, sondern sind der Meinung, daß die Schlachtermeister hier eine kleine Schiebung vornehmen, um mehr zu verdienen. Es wird berichtet, daß durch die Stempelung bei mehreren Schlachtermeistern nachgewiesen worden sei, daß sie unlauter gehandelt haben, indem sie deutsches Schweinefleisch als ausländisches, natürlich zu streifen hohen Preisen verkaufen.

Ausländisches Schweinefleisch sollte daher nur in bestimmten Läden verkauft werden dürfen, sonst ist dem Betrüger Haus und Tür geoffnet.

Das Havelhochwasser.

Die nur von kurzem Sonnenschein unterbrochenen Regenschauer haben auf die Wasserverhältnisse tagsüber ihre Einwirkung im weiteren Steigen der Havel und ihrer Seen ausgeut. Unabhorlich drängen neue Wassermengen heran, die hauptsächlich in den Stromengen das Flubett verlassen und die Ufer überfluten. Der Sacrower Pegel weist eine Zunahme von 2 Zentimeter auf und steht auf 2,06 Meter. Marquardt meldet am Sonntag einen Pegelstand 1,82 und Caputh ebenfalls weitere Steigung des Wasserstandes. Aus allen Himmelsrichtungen laufen jetzt die Nachrichten von Uebersutungen der der Havel benachbarten Gelande ein. Im Park Sanssouci in Potsdam haben sich zwischen den Römischen Bädern und Charlottenhof weite Wasserflächen gebildet. Die abzweigenden Seitenwege sind vielfach von willkürlichen Wasserflächen abgeschnitten und die Wellen des hoch angeschwollenen Flubens peitscht der Wind gegen die Brüden. Angestrichelt suchen schreiende Hasane und Drosseln in dem nassen Geat des Aufschwemmschlammes vor der sich ausbreitenden Kasse.

Eine durchtriebene Heiratsschwandlerin, die früher schon Gastrollen in Berlin gab, wurde von der Kriminalpolizei wieder festgenommen. Ein Juwelier aus Wien lernte in einem Kaffeehaus am Moritzplatz eine Dame kennen, die an ihm ebenso viel Gefallen zu finden schien, wie er an ihr. Sie erzählte, nachdem man etwas näher bekannt geworden war, viel von einem russischen Großfürsten, der Vater ihres Kindes sei und ihr für den Verzicht auf den Besitz dieses Kindes eine große Summe zu zahlen habe. Sie versugte deshalb über bedeutende Mittel. Ihr Vorschlag, daß der Juwelier vor Begründung des gemeinsamen eigenen Heimes in Berlin ein Geschäft eröffnen möge, fand um so eher den Beifall des Wieners, als seine Zulustige ihm für den Anfang 20 000 M. vorstrecken wollte. Bevor es jedoch dazu kam, kaufte sie ihm einen Brillantring und eine Strawattennadel ab. Bezahlen konnte sie nicht gleich, weil, wie sie sagte, eine andere Dame ihre Bankgeschäfte verwalte. Nun kam aber der Juwelier so in Verlegenheit, daß er den Kaufpreis geru gehabt hätte. Die Ausflüchte der „Dame“ und auch der Umstand, daß sie nie von ihrer Wohnung sprach, sondern nur Zusammenkünfte in Hotels vorschlug, machten ihn doch so stutzig, daß er sich einmal genauer erkundigte. Die Kriminalpolizei wußte gleich, mit wem sie es zu tun hatte, nahm die „reiche Dame“ fest und sah, daß sie sich nicht getäuscht hatte. Die Verhaftete ist, wie sie richtig vermutete, die 26 Jahre alte, aus der Gegend von Lud gebürtige Kuzmackerin Alma Sannet, die früher schon als Gerda Heintze und Gerda Neumann auftrat und mit denselben Vorpiegelungen u. a. einem Kunstmaler eine bedeutende Summe abschwindelte. Sie wohnte jetzt unangenehmet in der Kottbuser Straße und in dieser Behausung fand die Kriminalpolizei auch noch die Beweise dafür, daß sie eben erst einen Kraftwagenbesitzer um 2000 M. geprellt hatte. Die „Freundin des Großfürsten“ wurde wieder nach Moabit gebracht.

Durch einen Sturz von der Treppe tödlich verunfallt ist gestern morgen der 84 Jahr alte Kantorist Richard Gradnig aus der Kirchbachstr. 13. Zeitungsfrauen fanden ihn gestern morgen im Hausflur bestimmungslos daliegen. Sie holten einen Schytmann, der einen Arzt beforderte. Dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen. Der Mann, der dort ein möbliertes Zimmer bewohnt, ist allem Anschein

nach die Treppe hinabgestürzt. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich am Freitag auf der Chaussee zwischen Budow und Audow ereignet. Der Monteur Emil Loh aus Pichtenberg sollte einen von der Fabrik, in der er beschäftigt war, fertiggestellten Kraftwagen ausproben. Bei der Probefahrt, die u. a. auch die Budower Chaussee entlang führte, sah L. neben dem Führer, um auf etwaige sich zeigende Mangels zu achten. Unterwegs bog sich der Monteur während der sehr schnellen Fahrt wiederholt weit aus seinem Sitz zur Seite und bei einer plötzlichen Seitenwendung des Autos stürzte L. aus dem Gefahr. Er geriet dabei unter den Kraftwagen, dessen Räder über ihn hinweggingen, und wurde schwer verletzt. In bestimmungslosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Budower Krankenhaus geschafft, wo er alsbald nach seiner Aufnahme starb.

Am Lowenburg gestorben. Im Potsdamer städtischen Krankenhaus ist gestern trüb der 59 jährige Geschäftsführer des Menageriezirkus Holzmuler, Herr August Stollberg, der am Mittwoch bei der Fuhrerung von einem Bäumen am Unterarm zerfällt wurde, an den Folgen dieser Verletzung gestorben.

Bei der Explosion einer Petroleumlampe schwer im Gesicht und an den Händen verletzt wurde am Sonntagabend um 11 Uhr ein Soldat in der Kleinen Frankfurter Straße 14. Die Feuerwehrr verband die Wunden und brachte den Verletzten in das Reservelazarett im Friedrichshain.

Die Filmoper.

U. T. Babaria-Haus. Lohengrin im Kino: das ist das Allerneueste. Was würde Wagner, lebte er noch, zu dieser Profanation seiner idealen Oper sagen? Es war aber zu erwarten, daß gerade seine Musikdramen die Kinotechniker reizen würden. Darin wirken ja alle Künste so eng zusammen, daß auch selbst die Auflösung in Einzelstücken der einheitlichen Bildkraft nicht viel Schaden bringt. Indefessen haben wir es heute nicht mehr bloß mit einem summen Film drama zu tun, wie noch vor wenigen Jahren, als die Vereinfachung der schönen Literatur begann. Jetzt sehen wir nicht nur die Handlung der Lohengrindichtung vor unseren Augen auf der Bühne. Wir genießen auch die Musik. Die Darsteller spielen nicht bloß — sie singen gleichzeitig. Chöre, Volk, Orchester, Sänger: alles tritt genau wie auf der Opernbühne, lebhaftig in Aktion. Das ist für erste der merkwürdige Fortschritt, den die Kinokunst in kurzer Zeit gemacht hat. Nur freilich: bis zur Kunstvollkommenheit ist es noch ein langer, schwieriger Weg. Noch hatten dieser Vorführung alle Mangels an, deren Vereinfachung wohl später einmal der vereinfachten Technik gelingen dürfte, dahin gehört: das Anathern, das Hineinspielen von großen Messern, die häufige Unruhe der erstellten Bilder. Ferner scheint es noch nicht recht gelungen zu wollen, Mimit, Gesten der Sänger mit der Musik einheitlich zu verschmelzen. Man sieht, wie sie den Mund aufstun, die Lippen bewegen; aber oft erst einige Sekunden danach hören wir den Ton. Vielleicht lag das auch bloß an der Erstaufführung. Daß das eingemachene peitsch wirken muß, kann schmerzlich bestritten werden. Außerdem schien es manchmal so, als erlange die Stimme der gefulten Darsteller körperlich und räumlich von diesen entfernt. Das sind zwar Dinge, die verbessert werden können. Ob aber die Handlung auf ihre logischen und psychologischen Zusammenhänge verbollstandigt, ob vor allem die Orchestermusik phonographisch verstärkt werden kunnte, das ist jetzt wohl fraglich. Es klingt alles etwas dumm, um nicht zu sagen fleischlos. An und für sich aber vermag das große Publikum doch ein richtiges Bild von diesem Wagner-Beize mitzunehmen. Hervorragende Künster sieht und hört es hier, als ob sie in Person auf der Bühne ständen. Da ist Felly Dahn (Lohengrin), ein Heldentenor von Kraft und Glanz, dessen ganze Erscheinung die Münchener Wagnertraditionen klassischen Stils in sich zu tragen vermeint. Da ist Frieda Langendorff, als Trudrud Bedeutend. Da sind Elisabeth Böhm von Endert (Elis) und Ernst Lehmann (König Heinrich) vom Charlottenburger Opernhaus und endlich Max Salinger (Telramund). Daß gerade der zweite Akt ziemlich dürftig herauskam, zeugt für die engen Grenzen, die der Kinokunst gezogen sind. Die Vorstellung vollzog sich in zwei Stunden.

Das Volkstheater brachte am Sonnabend die Operette „Grigri“ von Paul Linde zur Aufführung. Abgesehen von einigen durch die Zeitumstände bedingten Unebenheiten des Orchesters bedeutete die Reueinstudierung einen vollen Erfolg. Sowohl Darstellung wie Ausstattung des melodischen Werkes liegen fast nichts zu wünschen übrig. Eine ganz mollige und netzliche Grigri bot die als Kost mitwirkende Betty Feiner. Auch stimmlich wurde sie ihrer Aufgabe vollständig gerecht. Neben ihr erntete Karl Groth in der sehr dankbaren Rolle des Regentkonigs Nagawewe reichen Beifall. Etwas mehr Lebendigkeit hätten wir Hans Saal als Castillo gewünscht; für einen unter südlicher Sonne aufgewachsenen sturmtischen Liebhaber gab er sich manchmal ein wenig steifen. Im Gegensatz zu ihm brachte Hermann Hesse die quacksilbrige Natur des verkrankten Artisten und Theaterdirektors Pillo wirkungsvoll zum Ausdruck.

Das zahlreich erschienene Publikum zeigte nicht mit seinem Beifall. Wiederholt mußte auch der als Gastdirigent mitwirkende Komponist vor der Rampe erscheinen.

Kleine Nachrichten. Ein Fledderer wurde gestern abend in einer Schanzenwirtschaft am Schlessischen Bahnhof festgenommen, nachdem er dort kurz vorher einem schlafenden Gast die ganze Barschaft geraubt hatte. Der Verhaftete entpuppte sich als ein Händler B., der schon wiederholt, u. a. auch wegen Straenrandes, mit Justizhaus bestrafft ist. — 2000 künstliche Fahne im Werte von 4000 M. wurden von Einbrechern in einer Lehnanstalt für Zahntechniker im Norden der Stadt erbeutet.

Zugun gesucht. Am 2. Oktober v. J. stieß ein Mitar-Lastwagen mit einem Straßenbahnwagen Ede Leipziger und Kommandantenstrae in der fünften Abendstunde zusammen. Passanten, welche diesen Vorkfall gesehen haben, werden ersucht, ihre Adresse abzugeben an Großkopf, Berlin-Lichtenberg, Wahlstr. 37.

Aus den Gemeinden.

Mehl- und Brotbestimmungen für die Landorte in Niederbarnim.

Im Kreise Niederbarnim werden einem Beschluß des Kreis-auschusses entsprechend vom 31. Januar ab in den nicht zur Berliner Brotkartengemeinschaft gehörenden Ortsgemeinden Brotkarten eingeführt, die zur Entnahme von 1865 Gramm Mehl oder 1950 Gramm Brot für die Woche berechtigen. Außerdem sind die Ortsbefehden ermächtigt worden, Zusatzbrotkarten, die auf 350 Gramm lauten, an eine Zahl von schwer arbeitenden Personen abzugeben, die im Höchstfalle 10 Prozent in der Ortschaft vorhanden, zum Empfang von Brotkarten berechtigten Personen entspricht.

Lebensmittelverkauf in Reinickendorf.

Die Gemeinde verkauft von jetzt ab in ihren fünf Verkaufsstaden wieder Speck zum Preise von 2,30 M. das Pfund. Die Abgabe erfolgt gegen Vorzeigung der bereits früher ausgegebenen Festkarten. Während des Monats Februar gelangen die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Vorräte an Reis und Halfenfrachten zur Verwertung. Die Abgabe erfolgt ebenfalls in den amtlichen Verkaufsstaden.

